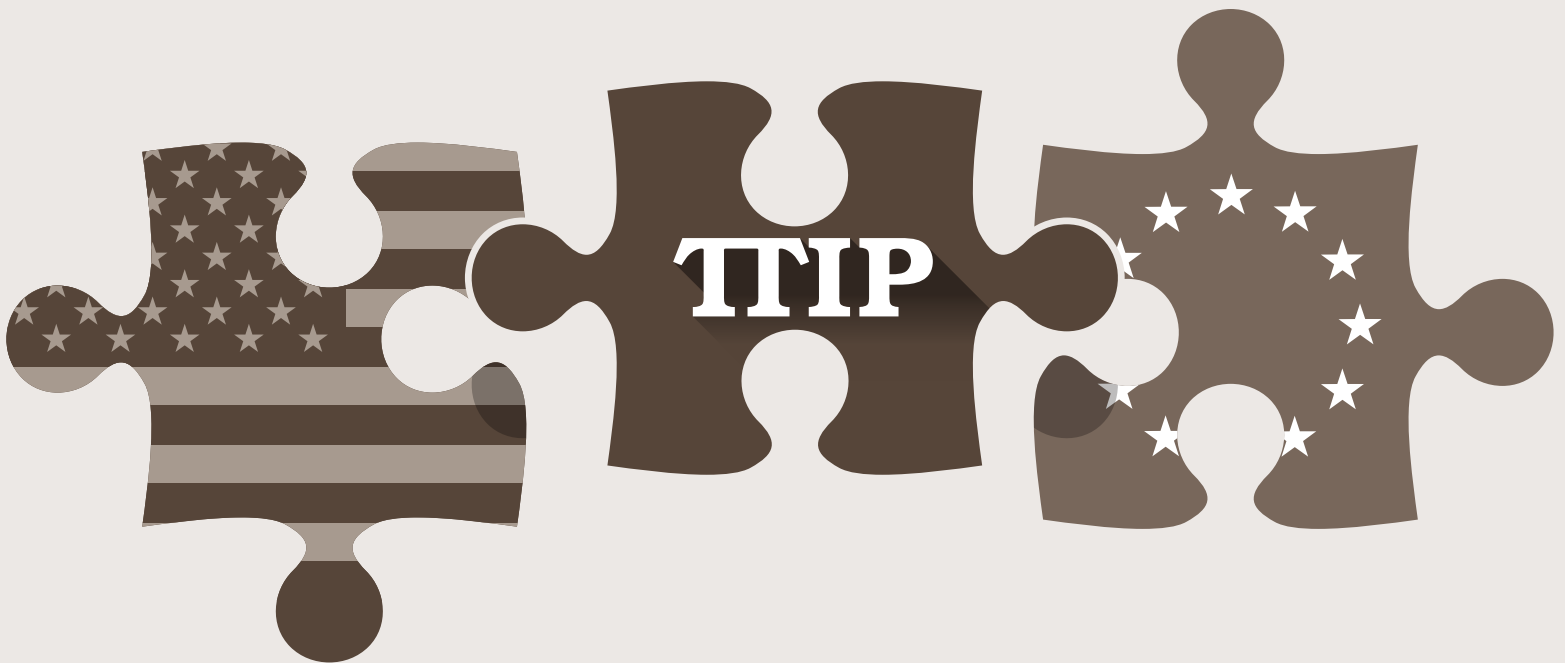


Politik brief

April
2016

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



TTIP: Die Globalisierung gestalten
Ja zu TTIP: Viele Vorteile für die deutsche Chemie
Regulatorische Kooperation: Hohe Standards bewahren
Chemie-Mittelstand: Neue Chancen im Außenhandel
Investitionsschutz: Eckpfeiler der Auslandstätigkeit
Handelspolitik: Zum Wohle der Gesellschaft
Schlaglichter: Transatlantischer Chemiehandel
Chemieindustrie: USA sind wichtiger Absatzmarkt

Seite 2
Seite 3
Seite 4
Seite 5
Seite 6
Seite 7
Seite 8
Seite 9

Weit mehr als ein Freihandelsabkommen

TTIP: Die Globalisierung gestalten

Die Globalisierung schreitet unaufhörlich voran. Der internationale Ordnungsrahmen für die Weltwirtschaft hinkt dieser Entwicklung allerdings hinterher: Im Zentrum der Welthandelsordnung steht seit 1995 die Welthandelsorganisation (WTO), deren Einstimmigkeitsprinzip die Einigung auf zeitgemäße Regeln stark erschwert. Folge ist ein sich seit Jahren verstetigender Entscheidungstau auf wichtigen handelspolitischen Feldern.

Deshalb setzen viele Staaten vermehrt auf bi- und multilaterale Handelsvereinbarungen. Seit 2013 verhandeln die EU und die USA über die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Das Vorhaben bietet aufgrund

der Marktmacht der beiden Verhandlungspartner gute Chancen, Impulse für neue internationale Regeln zu setzen. Von ehrgeizigen Verhandlungen könnten die Welthandelsordnung und die Weltwirtschaft als Ganzes profitieren. Entsprechend ambitioniert gehen die EU und die USA das Projekt an.

Sowohl Politik als auch Wirtschaft haben dabei jedoch zunächst unterschätzt, welch großes Interesse die Öffentlichkeit hat und welche hohen Maßstäbe in Bezug auf Transparenz und Dialogorientierung an ein politisches Projekt dieser Größenordnung gestellt werden. Dabei lohnt es sich, die Vorteile von TTIP möglichst breit und intensiv zu diskutieren und damit die Akzeptanz des Abkommens zu erhöhen.

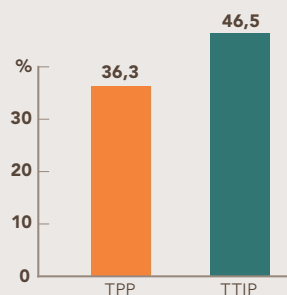
Die aus Sicht der chemischen Industrie größten Chancen von TTIP sind:

- Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen EU und USA durch den Ausbau der guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.
- Schaffung eines umfassenden Regelwerks, das den höchstmöglichen Standards und den allgemein anerkannten WTO-Regeln entspricht. Hierdurch wird TTIP auch auf Drittstaaten und auf künftige WTO-Verhandlungen abstrahlen.
- Allgemeine Wohlfahrtsgewinne, beiderseits vereinfachter Marktzugang sowie Diversifizierung der Lieferanten- und Rohstoffbasis.

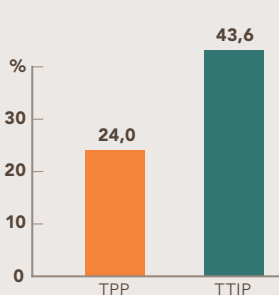
STARKE HANDELSPARTNERSCHAFTEN: TPP UND TTIP

Anteile an globalem BIP und Welthandel, in Prozent, 2014; Quellen: IWF, Weltbank

ANTEIL AM GLOBALEM BIP



ANTEIL AM WELTHANDEL



Im Februar haben die USA und Kanada mit zehn weiteren Pazifik-Anrainer-Staaten das Abkommen über die Transpazifische Partnerschaft (TPP) unterzeichnet. TTIP würde ein Gegengewicht zu diesem transpazifischen Bündnis darstellen und die USA weiterhin an ihre bewährten Partner in Europa binden.

Dialogforum Freihandel

Die Plattform wird unter anderem vom VCI getragen. Die Beteiligten möchten eine ausgewogene Debatte ermöglichen. Der Austausch unterschiedlichster Sichtweisen, etwa auf Bürgerkonferenzen, steht dabei im Vordergrund.



www.dialogforum-freihandel.de

Dieser und weitere Politikbriefe auf www.vci.de/politikbrief



Chancen in den Blick nehmen

Ja zu TTIP: Viele Vorteile für die deutsche Chemie

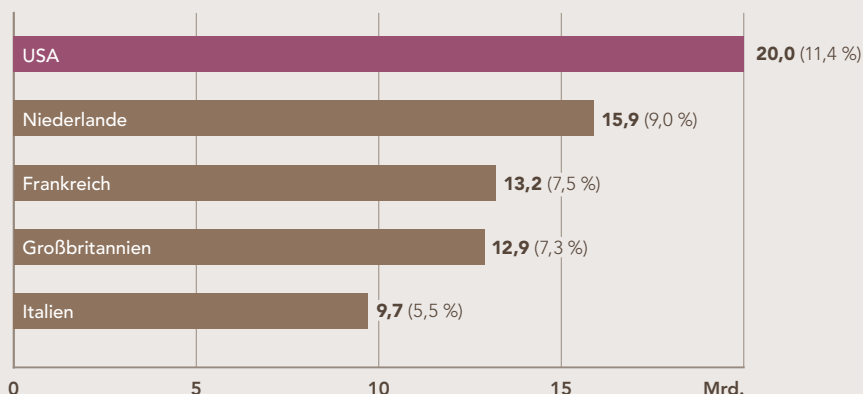
Freihandelsabkommen beflügeln die Wirtschaft. Von den positiven Effekten einer Handelsliberalisierung profitieren auch die Bürger, zum Beispiel in Form neuer Arbeitsmöglichkeiten, sinkender Preise und einer größeren Produktvielfalt. Gerade TTIP bietet erhebliche Chancen, um Wachstum und Wohlstand in Europa zu stimulieren. Weite Teile der hiesigen Wirtschaft stehen hinter den Verhandlungen und werben für eine bestmögliche Ausgestaltung des Abkommens.

Auch die deutsche Chemieindustrie sieht eine ganze Reihe von Vorteilen:

- Die Chemie-Zollsätze sind in den USA mit durchschnittlich 2,8 Prozent und in der EU mit durchschnittlich 4,6 Prozent nicht mehr sehr hoch. Aber das große Handelsvolumen führt dazu, dass beträchtliche Kosten anfallen. Allein bei den deutschen Chemieexporten werden jährlich 130 Millionen Euro fällig, EU-weit fallen 700 Millionen Euro an – diese unnötige Belastung für Unternehmen und Kunden sollte im Rahmen von TTIP entfallen.
- Die EU hängt bei der Energieerzeugung stark von Rohstoffimporten ab. Viele der importierten fossilen Energieträger kommen aus politisch riskanten Regionen. Für die Chemie ist diese Abhängigkeit doppelt problematisch, da sie insbesondere Öl und Gas auch als stofflichen Rohstoff nutzt. Die USA fallen als Lieferant bis dato weitgehend aus: Bei Gas erhalten nur Unternehmen aus Ländern mit Freihandelsabkommen Zugang. Mit TTIP könnte die Chemie ihre Energieversorgung also diversifizieren.
- Durch die verbesserte regulatorische Kooperation können Kosten und Aufwand zur Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen auf beiden Seiten des Atlantiks erheblich verringert werden. Mit TTIP soll der „regulatorische Graben“ so klein wie möglich gehalten werden, ohne geltende Schutzstandards zu senken.
- Um dem Freihandelspartner Zollfreiheit gewähren zu können, legen Ursprungsregeln fest, ob ein Produkt tatsächlich in dem jeweiligen Land erzeugt wurde. Die bisher dafür erforderlichen Nachweise sind mitunter äußerst aufwendig. Durch TTIP sollen einfache Ursprungsregeln vereinbart werden, damit die Vorteile des Zollabbaus möglichst vollständig genutzt werden.
- Teile der Chemie können direkt oder indirekt über ihre Kunden von der Öffnung der US-Beschaffungsmärkte profitieren.
- Erleichterungen bei der zeitlich befristeten Entsendung von Arbeitskräften ermöglichen es, Fachkräfte-Engpässe beim Aufbau oder Betrieb einer Anlage in den USA zu vermeiden.
- Investitionen sind für die Erschließung eines Marktes außerordentlich wichtig. In TTIP sollen gute Regeln vereinbart werden, die den Investoren einfachen Zugang zum Markt des Partnerlandes ermöglichen und Investitionen völkerrechtlich absichern.

USA SIND WICHTIGSTER EXPORTMARKT FÜR DIE CHEMIE

Anteile am Gesamtexport der Branche, in Milliarden Euro und Prozent, 2015, vorläufige Daten; Quelle: VCI



Welche Relevanz der transatlantische Handel schon heute hat, zeigt sich am Beispiel Chemie: Seit 2014 führen die USA die Rangliste der wichtigsten Exportmärkte der deutschen Chemieindustrie an. Mit TTIP könnte diese bedeutsame Handelsachse der hiesigen Unternehmen weiter gefestigt werden.

Zusammenarbeit bei Vorschriften ausbauen

Regulatorische Kooperation: Hohe Standards bewahren

TTIP ist mehr als ein klassisches Freihandelsabkommen. Über den Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen hinaus wollen sich beide Seiten besser abstimmen. Das soll den bürokratischen Aufwand verringern. Das hohe europäische Umwelt- und Verbraucherschutzniveau bleibt davon unberührt – die regulatorische Kooperation soll genutzt werden, um unnötige Barrieren abzubauen, ohne die jeweiligen Schutzstandards zu senken.

In vielen Industriebereichen haben EU und USA vergleichbare Vorschriften. Im Rahmen von TTIP können unstrittige Normen und Standards gegenseitig anerkannt werden – ein erheblicher Gewinn für die Wirtschaft: So könnten etwa im Pharmabereich die Kosten für millionenschwere Arzneimittelstudien um bis zu 20 Prozent sinken, wenn Verfahrensschritte angepasst werden. Dazu zählt etwa die bislang getrennt durchgeführte Inspektion zur „good manufacturing practice“.

Auch im Chemiesektor ist die regulatorische Kooperation sinnvoll – zum Beispiel bei der Priorisierung von Chemikalien,

die beide Seiten nach ihren jeweiligen Vorschriften evaluieren, sowie bei der Kennzeichnung und Etikettierung. Unnötige Doppelarbeit durch Mehrfachkontrollen oder Umverpackungen würde binnen kürzester Zeit entfallen.

KEINE SENKUNG VON STANDARDS

TTIP wird dabei aber nicht zu einer Absenkung von EU-Standards in der Chemikaliensicherheit führen. Weil sich die EU- und die US-Regulierungssysteme stark unterscheiden, kommt eine gegenseitige Anerkennung nicht in Betracht. Die deutschen Chemieunternehmen bekennen sich zur EU-Chemikalienrichtlinie REACH und den damit verbundenen Schutzniveaus für Umwelt und Verbraucher.

GEGENSEITIGE KONSULTATIONEN

Langfristiges Ziel ist, dass sich EU und USA gegenseitig über geplante neue Regulierungen informieren und konsultieren. Hierzu soll ein beratendes Gremium regelmäßig relevante Themengebiete diskutieren und ein Arbeitsprogramm vorschlagen. Es trifft allerdings keine inhaltlichen Entscheidungen. Die regulatorische Kooperation soll nur der Erarbeitung eines gemein-

samen Vorschlags dienen.

KOOPERATION BEI ZUKUNFTSTHEMEN

Für die EU ergäbe sich daraus eine große Chance: Sie hat ein Niveau im Umwelt-, Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz, das weltweit seinesgleichen sucht. Die USA verfolgen ähnliche Ziele und sind deshalb der ideale Partner, um die Bemühungen gemeinsam weiter voranzutreiben – etwa bei wichtigen Zukunftsthemen wie der Nanotechnologie. In internationalen Foren könnten sie mit einer starken Stimme sprechen und zum Zugpferd für ehrgeizige Schutzniveaus weltweit werden.

SOUVERÄNITÄT BLEIBT GEWAHRT

Grundsätzlich gilt: Es soll keine Verpflichtung zur Angleichung geben. Vielmehr geht es um gegenseitige Konsultation und intensiveren Informationsaustausch. Der dadurch eingeschlagene Weg soll zu vertrauensvoller Zusammenarbeit führen. Die Ergebnisse der regulatorischen Kooperation müssen auf beiden Seiten des Atlantiks die jeweiligen legislativen Prozesse durchlaufen. Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat behalten also ihre legislative Entscheidungsgewalt.

CHEMIKALIENSICHERHEIT BLEIBT GEWAHRT

Das EU-Regelwerk zu Chemikaliensicherheit und sein US-amerikanisches Pendant unterscheiden sich in wesentlichen Aspekten:

	EU (REACH, CLP)	USA (TSCA – Premanufacture Notice)
Zu registrierende Stoffe	Alle Stoffe (mit wenigen Ausnahmen)	Nur neue Stoffe, die erstmals produziert werden
Datenerhebung	Vollständiges Registrierungsdossier (IUCLID-Format) mit Risikobewertung und Stoffsicherheitsbericht	Central Data Exchange (CDX) Software, von der Umweltschutzbehörde EPA vorgegeben
Datenbasis	Unternehmen müssen vorgegebene und umfassende Daten zusammenstellen	Unternehmen stellen nur verfügbare Daten plus Vorhersagemodelle zusammen
Sicherheitsprüfung	Ex ante: Produzent muss die Sicherheit eines Stoffes nachweisen, bevor er in Umlauf gebracht wird – Vorsorgeprinzip	Ex post: Produzent muss Sicherheit nur nachweisen, wenn die Behörden Zweifel an Sicherheit anmelden

TTIP sieht die gegenseitige Anerkennung von Standards und Vorschriften nur dann vor, wenn sowohl Schutzniveaus als auch Systematik vergleichbar sind. Bei der Chemikaliengesetzgebung ist dies wegen der unterschiedlichen Systematik nicht möglich.

Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen durchsetzen

Chemie-Mittelstand: Neue Chancen im Außenhandel

Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der deutschen und europäischen Wirtschaft. So stammt knapp ein Drittel aller EU-Exporte in die USA von Mittelständlern. Ihr transatlantisches Handelsvolumen beläuft sich jährlich auf insgesamt 77 Milliarden Euro. Das zeigt: TTIP ist ein Mittelstandsthema und bietet den Unternehmen erhebliche Möglichkeiten. In den Verhandlungen macht sich die EU-Kommission deshalb zum Beispiel für spezielle Fördermaßnahmen stark. Unterstützung kommt aus der deutschen Chemie.

Laut Umfrage der EU-Kommission leiden die mehr als 150.000 im transatlantischen Handel engagierten Mittelständler insbesondere unter unterschiedlichen Produkt- und Qualitätsstandards. Der daraus entstehende Verwaltungsaufwand und die zusätzlichen Kosten treffen sie ungleich härter als ein Großunternehmen. Die weitaus meisten deutschen Industriebetriebe sind Mittelständler mit weniger als 500 Mitarbeitern beziehungsweise weniger als 50 Millionen Euro Umsatz.

Gerade Unternehmen, die über verhältnismäßig bescheidene personelle Ressourcen verfügen, profitieren vom Wegfall unnötiger Hürden im internationalen Handel. Mittelständler aus allen Branchen setzen sich deshalb mit Nachdruck für Erleichterungen ein.

EIGENES VERTRAGSKAPITEL FÜR DEN MITTELSTAND

Mit den speziellen Herausforderungen für Mittelständler beschäftigt sich auch ein eigenes TTIP-Vertragskapitel. EU und USA wollen darin konkrete Maßnahmen vereinbaren, um Kleinbetrieben, Start-ups und Familienunternehmen den gegenseitigen Marktzugang zu erleichtern. Vorschläge von EU-Seite umfassen einen kostenlosen Online-Helpdesk und einen Verbindungsausschuss, der ihre Anliegen bei den Handelsbehörden thematisiert.

Gerade für Deutschland mit seinen Tausenden im Ausland erfolgreichen Mittelständlern wäre der Abschluss von TTIP mit dem darin vorgesehenen Mittelstandskapitel ein großer Gewinn.

Stimmen aus dem Chemie-Mittelstand

Die VCI-Mittelstandsinitiative „Wir sind für TTIP“ vereint Unternehmen aus allen Teilen der Branche. Von einem umfassenden transatlantischen Freihandelskommen erhoffen sie sich zum Beispiel:

- ▶ neue Absatzmärkte für deutsche Spezialchemie
- ▶ leichteren Zugang zu Vorprodukten aus den USA
- ▶ Wegfall von Zöllen und kostspieliger Bürokratie
- ▶ Erhalt der Konkurrenzfähigkeit

Zur VCI-Mittelstandsinitiative „Wir sind für TTIP“:

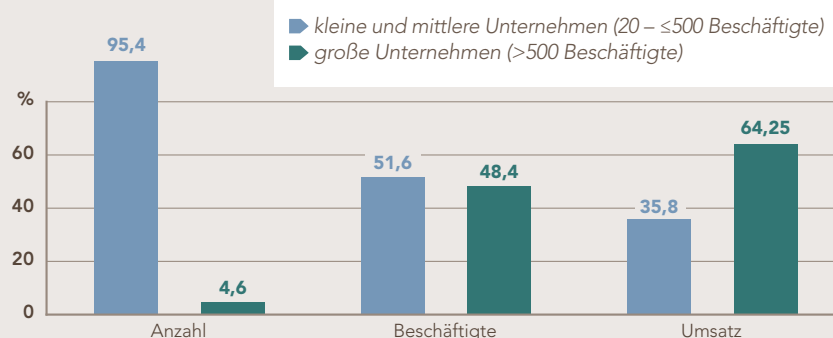


<http://bit.ly/ttip-mittelstand>

95,4 Prozent der deutschen Industrieunternehmen gehören zum Mittelstand. Sie erwirtschaften mehr als ein Drittel des Umsatzes und sichern jeden zweiten Arbeitsplatz. Ihre Bedeutung für den transatlantischen Handel wird häufig unterschätzt.

DER MITTELSTAND PRÄGT DAS VERARBEITENDE GEWERBE

Anteile des Mittelstandes am Verarbeitenden Gewerbe in Prozent, 2013;
Quellen: Destatis, VCI



Unternehmerische Entscheidungen absichern

Investitionsschutz: Eckpfeiler der Auslandstätigkeit

Die Investitionen der deutschen Chemie in ausländische Produktionsanlagen und Gebäude haben sich in den vergangenen 25 Jahren auf aktuell 8,6 Milliarden Euro pro Jahr verdoppelt. Damit die Unternehmen im Streitfall weder Diskriminierung noch Enteignung fürchten müssen, werden neuerdings auch in Freihandelsabkommen bilaterale Investitionsschutz- und -förderverträge vereinbart. Sie ermöglichen es dem Investor, einen Staat bei Vertragsverstoß vor ein Schiedsgericht zu bringen. Aktuelle UN-Daten belegen, dass Schiedsgerichte jedoch nicht dazu führen, dass Interessen von Großkonzernen einseitig bedient werden.

Weltweit gibt es rund 3.000 Investitionsschutzabkommen, die bislang in rund 600 Schiedsgerichtsfallen zum Einsatz kamen. Im Zuge der TTIP-Verhandlungen setzen sich EU-Kommission und Bundesregierung für eine Reform dieser Schiedsgerichtsbarkeit ein. Wesentliche Motive: Die Regulierungsautonomie der Staaten soll expliziter als bisher verankert werden und die Qualität der Schiedsverfahren steigen. Auch die Auswahl der Richter soll verbessert werden.

Um das zu erreichen, hat die EU-Kommission Ende vergangenen Jahres die Schaffung eines TTIP-Investitionsgerichtshofs mit zwei Instanzen vorgeschlagen.

INVESTITIONSSCHUTZ MODERNISIEREN

Aus Sicht des VCI sind die Reformbestrebungen insoweit sinnvoll, als sie zur Klärung rechtlicher und prozeduraler Fragen beitragen können. Hierunter fallen zum Beispiel:

- eine klare Definition robuster Schutzstandards (Schutz vor Enteignung, Anti-Diskriminierung, faire und gerechte Behandlung des Investors, Kapitaltransfergarantie)
- die Transparenz der Verfahren gemäß der neuen Regeln der UN-Kommission für internationales Handelsrecht (UNCITRAL)
- die Verhinderung von Interessenkonflikten der ausgewählten Schiedsrichter
- die Einführung einer Revisionsinstanz

REFORMVORSCHLÄGE NACHBESSERN

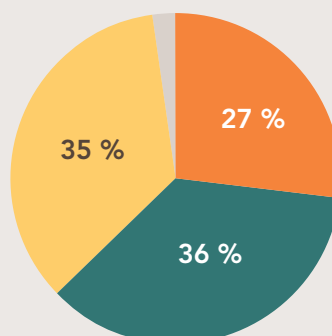
Die Reformvorschläge der EU-Kommission, gerade die Idee eines Investitionsgerichtshofs, gehen weit über die Bestimmungen bereits bestehender Verträge hinaus. Es besteht deshalb noch weiterer Klärungsbedarf. Dies gilt insbesondere für die Auslegung der Investitionsschutzstandards, insbesondere die Reichweite des Vertrauensschutzes, aber auch für die Vollstreckung der Schiedssprüche. Ferner soll die Auswahl der Richter in die Hände der Vertragsstaaten gelegt werden. Der Vorschlag der Europäischen Kommission könnte langfristig zur Etablierung eines multilateralen Investitionsgerichtshofs führen.

Der VCI appelliert an die EU-Kommission, sich in den anstehenden Verhandlungsrunden dafür einzusetzen, dass einerseits die Akzeptanz und Legitimität des Instruments verbessert wird, andererseits aber der Schutz der Investoren gewahrt bleibt. Auf Investitionsschutz ganz zu verzichten, wäre indes das falsche Signal. Folge wären Planungsunsicherheit und Zurückhaltung bei investitionsbereiten Unternehmen.

Der aktuelle „World Investment Report“ der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zeigt: Zwei Drittel der bisherigen Schiedsverfahren endeten entweder mit einer Schlichtung oder einem Urteil zugunsten des betroffenen Staates.

SCHIEDSGERICHTE GLEICHEN INTERESSEN AUS

Quelle: UNCTAD, World Investment Report 2015



Entscheidungen
 ► zugunsten von Unternehmen
 ► zugunsten von Staaten
 ► geschlichtet oder unentschieden
 Rest: kein Schaden entstanden

Vorteile erkennen und durchsetzen

Handelspolitik: Zum Wohle der Gesellschaft

Alle großen deutschen Industrieverbände werben für einen erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen. Vordergründig sprechen wirtschaftliche Gründe dafür. Mehr Produktivität und mehr Wirtschaftsleistung, mehr Arbeitsplätze und steigender Wohlstand sind erwartbare Vorteile. Aber es geht um mehr: Handelspolitik muss in einen breiten politischen Kontext gestellt werden und kann übergeordneten Zielen zum Wohle der Gesellschaft dienen.

Das sieht auch die EU-Kommission so. Sie hat Mitte Oktober 2015 ihre neue Handels- und Investitionsstrategie vorgestellt:

- Die Handelspolitik soll stärker auf aktuelle Herausforderungen der heutigen Wirtschaftsstruktur ausgerichtet werden. Dies betrifft insbesondere den Dienstleistungssektor und digitalen Handel. Zudem will die EU-Kommission dafür Sorge tragen, dass kleine und mittlere Unternehmen sowie Verbraucher und Arbeitnehmer die Vorteile offener Märkte besser nutzen können.

- Transparenz ist die Basis für die gesellschaftliche Akzeptanz von offenen Märkten und internationalen Handelsregeln. Die EU-Kommission will daher die bei TTIP bereits in bisher nicht gekanntem Maß praktizierte Offenheit auch auf andere Verhandlungen ausdehnen.
- Freihandelsabkommen sollen sich nicht negativ auf erreichte Schutzniveaus für Bürger und Umwelt auswirken. Im Gegenteil: Die EU-Kommission will Freihandel nutzen, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Der VCI setzt sich grundsätzlich für die Berücksichtigung aller drei Dimensionen von Nachhaltigkeit ein – das gilt auch für die internationale Handelspolitik. TTIP bietet dafür überlegenswerte Ansätze:

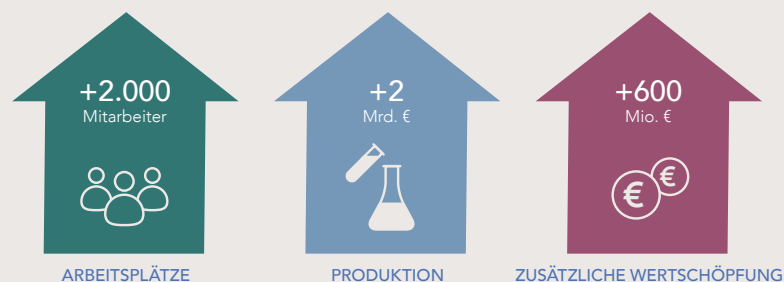
- Ökonomie: Die deutschen Chemieunternehmen müssen bislang im transatlantischen Handel jährlich etwa 130 Millionen Euro Zölle entrichten. Hinzu kommen weitere Gebühren sowie Kosten für zusätzliche Sicherheitstests und Etikettierungen. Der Wegfall dieser Kosten würde dem transatlantischen Warenverkehr starke Impulse geben. Außerdem würde TTIP neue Zugänge zum US-Rohstoffmarkt eröffnen. Eine breitere Lieferantenbasis trägt zu einer sicheren Rohstoffversorgung bei.

- Ökologie: Die regulatorische Kooperation kann die Kosten für die Einhaltung hoher Umweltschutzstandards in der EU und den USA senken. Es besteht zudem die Möglichkeit, dass durch TTIP andere Länder in Zugzwang geraten, ihre Schutzstandards nach oben zu korrigieren. Darüber hinaus stärkt ein verbesserter Wissensaustausch auf dem jeweils aktuellsten Stand die Innovationskraft.
- Soziales: Von der Handelsliberalisierung profitieren die Bürger in Form neuer Arbeitsmöglichkeiten, innovativer Produkte, sinkender Preise sowie einer größeren Warenvielfalt und -qualität. Auch im Gesundheitswesen sind positive Effekte möglich: Aufgrund der wechselseitigen Anerkennung von Verfahren könnten Arzneimittelentwicklungen beschleunigt, unnötige Doppelstudien an Probanden vermieden und die Zahl der Tierversuche gesenkt werden.

Prognosen legen nahe, dass TTIP erhebliche Wohlstandsgewinne bringen wird. Allein die deutsche Chemie erwartet mit dem Abschluss des Abkommens einmalig eine Produktionssteigerung im Wert von 2 Milliarden Euro, eine zusätzliche Wertschöpfung in Höhe von 600 Millionen Euro und 2.000 neue Arbeitsplätze. Zudem hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass das Niveau in Umweltschutz und Sozialwesen zunimmt, wenn sich die Menschen mehr leisten können und ihr Lebensstandard steigt.

ERWARTETE WOHLFAHRTSEFFEKTE IN DER DEUTSCHEN CHEMIE DURCH TTIP

Quelle: VCI auf Basis von Ecorys



Schlaglichter einer starken Partnerschaft

Transatlantischer Chemiehandel

DEUTSCHLAND – USA

<ul style="list-style-type: none"> Chemieexporte Deutschland → USA Anteil an Chemieexporten aus Deutschland 	20,0 Milliarden € 11,4 %
<ul style="list-style-type: none"> Chemieimporte Deutschland ← USA Anteil an Chemieimporten nach Deutschland 	12,6 Milliarden € 10,5 %
<ul style="list-style-type: none"> Deutscher Chemieaußenhandelssaldo mit den USA 	7,4 Milliarden €
<ul style="list-style-type: none"> Anzahl deutscher Chemietöchter in den USA, 2013 	130
<ul style="list-style-type: none"> Umsatz deutscher Chemietöchter in den USA, 2013 	52 Milliarden €
<ul style="list-style-type: none"> Beschäftigte deutscher Chemietöchter in den USA, 2013 	70.000
<ul style="list-style-type: none"> Sachanlageinvestitionen der deutschen Chemie in den USA 	2,6 Milliarden €
<ul style="list-style-type: none"> Chemiezölle Deutschland → USA pro Jahr 	130 Millionen €

EU-28 – USA

<ul style="list-style-type: none"> Chemieexporte EU → USA Anteil an Chemieexporten der EU 	84,9 Milliarden € 11,4 %
<ul style="list-style-type: none"> Chemieimporte EU ← USA Anteil an Chemieimporten der EU 	55,1 Milliarden € 8,6 %
<ul style="list-style-type: none"> EU-Chemieaußenhandelssaldo mit den USA 	29,8 Milliarden €
<ul style="list-style-type: none"> Chemiezölle EU → USA pro Jahr 	700 Millionen €

Die chemische Industrie in Zahlen

USA sind wichtiger Absatzmarkt

Die deutsche Chemieindustrie lebt zunehmend vom Export. 1990 lag das Verhältnis von Inlands- zu Auslandsgeschäft noch bei 60 zu 40 Prozent. 2015 hat sich dieses Verhältnis umgekehrt: Auf das Auslandsgeschäft entfallen nun 60 Prozent des Umsatzes. Und auch künftig wird der Export wichtigster Wachstumstreiber der chemischen Industrie bleiben.

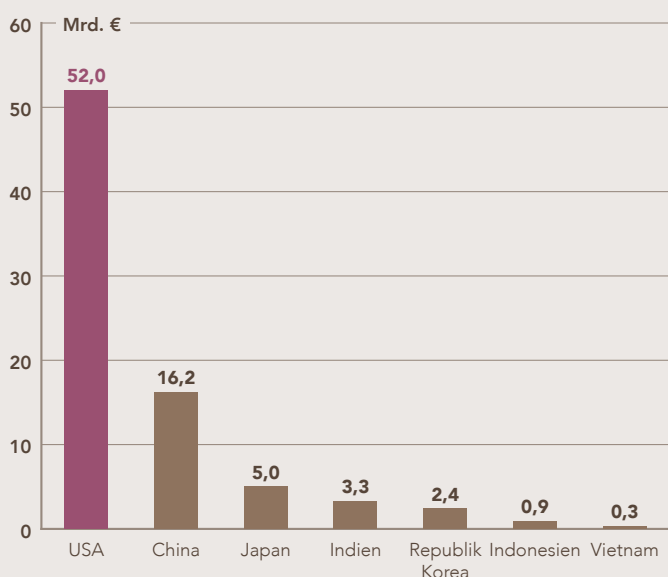
Die USA spielen dabei eine zentrale Rolle. 2015 waren sie mit 11,4 Prozent der Ausfuhren zum zweiten Mal in Folge der wichtigste Absatzmarkt der Chemie made in Germany. Ähnlich ist es auf europäischer Ebene: 11,4 Prozent aller EU-Chemieexporte gehen in die USA.

Da die Chemie Vorprodukte herstellt, die für andere Industrien wie den Auto-

mobilmobilbau unerlässlich sind, profitieren weite Teile der hiesigen Volkswirtschaft vom intensiven US-Handel der Branche. Dieser ist allerdings kein Selbstläufer. Deshalb wirbt die Chemie bei Politik und Öffentlichkeit für einen erfolgreichen Abschluss der laufenden Verhandlungen um das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP.

DEUTSCHE CHEMIE SETZT AUF DEN STANDORT AMERIKA

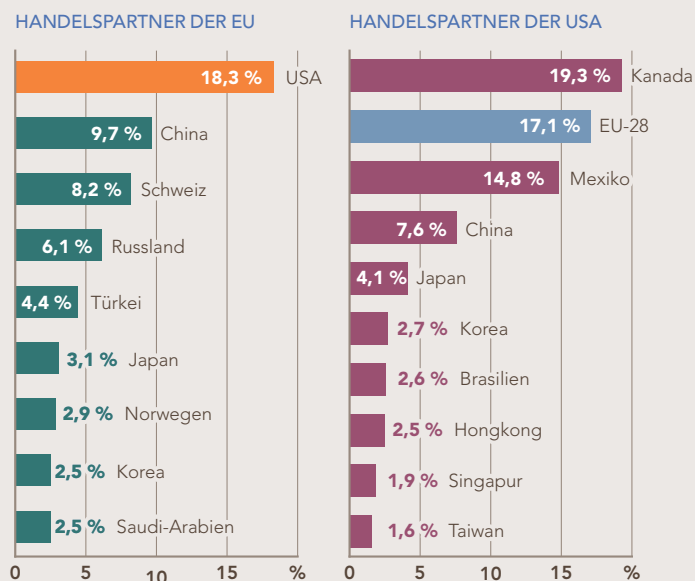
Umsatz deutscher Chemie-Tochterunternehmen in Milliarden Euro, 2013; Quelle: VCI



Als Produktionsstandort sind die Vereinigten Staaten seit Jahren wichtiges Standbein der deutschen Chemie: Die 130 Tochterunternehmen erwirtschafteten dort zuletzt deutlich mehr als die deutschen Chemietöchter in ganz Asien zusammengenommen.

EU UND USA SIND WECHSELSEITIG WICHTIGE HANDELSPARTNER

Ranking der Handelspartner des gesamten Exports, 2014; Quelle: Europäische Kommission



Der transatlantische Handel hat enorme Bedeutung für die Volkswirtschaften in Europa und den USA. TTIP bietet die Gelegenheit, diese enge Verknüpfung noch zu vertiefen.

Ihre Ansprechpartner

Geschäftsführer VCI-Hauptstadtbüro Norbert Theihs
E-Mail theihs@berlin.vci.de **Telefon** +49 (0)30 200599-12
Geschäftsführer VCI-Europabüro Prof. Dr. Reinhard Quick
E-Mail quick@bruessel.vci.de **Telefon** +32 (0)2 54806-90
Weitere Informationen www.vci.de/politikbrief und
[www.twitter.com/chemieverband](https://twitter.com/chemieverband)

Impressum Politikbrief

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI),
 Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt **Telefon** +49 (0)69 2556-0
Verantwortlich Manfred Ritz **Chefredaktion** Jenni Glaser
Redaktionsschluss 8. April 2016
Agenturpartner Köster Kommunikation, GDE | Kommunikation gestalten.
 Gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft